

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Westerberg, Weststadt (11)

am Dienstag, 10. Juni 2009

Dauer: 19.30 Uhr bis 21.40 Uhr

Ort: Fachhochschule (neues Hörsaalgebäude), Raum CN 0001, Caprivistraße 30 a

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung:

Herr Oberbürgermeister Pistorius

von der Verwaltung:

Frau Heinrich, Fachbereich Bürger und Ordnung
Herr Rolf, Fachbereich Städtebau / Projekt Konversion

von der Stadtwerke Osnabrück AG:

Herr Dr. Freye (Abt. Recht)

Protokollführung:

Frau Hoffmann, Büro für Ratsangelegenheiten

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - a) Verkehrsgefährdendes Parken in der oberen Wilhelmstraße
 - b) Beschilderung Mozartstraße (Entfernen der Tempo 30-Ausschilderung)
 - c) Zebrastreifen Haupteingang Klinikum
 - d) Maßnahmen zur Verminderung des Verkehrslärms in der Bismarckstraße
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
 - a) Hochschulcampus Westerberg, Ergebnisse des Entwurfseminares
 - b) Metzger Kaserne, Einleitung der europaweiten Ausschreibung durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)
 - c) Britische Wohneinheiten am Westerberg, Stand der Veräußerungen durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)
 - d) Bebauungsplan Nr. 398 - Hauptfeuerwache - 1. Änderung (ehemaliges Niedersachsenbad)
 - e) Aktuelle Planungen zum Felix-Nussbaum-Haus - Bebauungsplan Nr. 113 - Lotter Straße / Heger-Tor-Wall - 3. Änderung
 - f) Bebauungsplan Nr. 247 - Lotter Straße / Bergstraße - 3. Änderung (Planungsrechtliche Voraussetzungen zum Abbruch einer Treppenanlage)
 - g) Ausbau Lotter Straße - Bauabläufe, Bauzeiten
 - h) Bebauungsplan Nr. 97 - In der Barlage, Ost - 8. Änderung (Umbau / Erweiterung Jüdische Synagoge)
- 4 Anregungen und Wünsche

Herr Oberbürgermeister Pistorius begrüßt ca. 60 Bürgerinnen und Bürger sowie die anwesenden Ratsmitglieder (Herr Dr. E. h. Brickwedde, Frau Kuhlmann-Reifurth, Herr Meimberg, Herr Mierke, Herr Dr. Thiele) und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Oberbürgermeister Pistorius verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 25.09.2008 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Verkehrsgefährdendes Parken in der oberen Wilhelmstraße

Herr Kühn berichtet über Parkprobleme in der oberen Wilhelmstraße. Dort parken Besucher und Beschäftigte des Klinikums. Beim Parken werden keine Abstände zu Einmündungen eingehalten. Zum Teil wird schräg in den Straßeneinmündungen geparkt und dadurch die Einsicht in den fließenden Verkehr behindert. Der Raum in der Mitte der Straße ist auf ein Minimum eingeschränkt:

Frau Heinrich erläutert anhand von Fotos die gegenwärtige Situation. Bedingt durch den noch nicht ausgebauten Straßenbereich ergibt sich ein breiter unbefestigter Seitenstreifen, auf dem grundsätzlich beidseitig geparkt werden darf. Da dieses Thema bereits in früheren Bürgerforen vorgetragen wurde, hat die Verwaltung in Höhe der Glascontainer ein absolutes Halteverbot eingerichtet. Weiterhin wurden gegenüber den Containern große Steine neben den Fahrbahnrand gesetzt, auch um den Fahrzeugen des Abfallwirtschaftsbetriebes das Leeren der Container zu ermöglichen.

Als Problem stellen sich die Falschparker sowie die zugeparkten Einfahrten dar. Der Fachbereich Bürger und Ordnung kontrolliert in diesem Quartier oft und regelmäßig. Auch wird den Hinweisen von Bürgern nachgegangen. Die Anzahl der erteilten Verwarnungen in den letzten Monaten lag im üblichen Rahmen. Auch der Abstandsbereich von 5 m zu Kreuzungen wird kontrolliert. Demnächst soll mit dem Antragsteller ein Ortstermin stattfinden, da dessen Einfahrt immer wieder zugeparkt wird. Dabei soll geprüft werden, ob dort weitere verkehrsregelnde Maßnahmen umgesetzt werden können.

Herr Kühn dankt für die Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Er sieht ein großes Problem in der relativ schmalen Fläche, die noch für den fließenden Verkehr zur Verfügung steht. Dort sind auch Fußgänger und Kinder, z. B. auf dem Weg zum Rubbenbruchsee, unterwegs.

Ein Bürger berichtet, dass ein Durchfahren bei beidseitig parkenden Fahrzeugen kaum möglich ist. Bei Gegenverkehr müsse man mehrere Meter zurücksetzen. Die Parksituation sei erst seit etwa anderthalb Jahren zu einem Problem geworden. Offensichtlich handelt es sich in erster Linie um Beschäftigte des Klinikums, die tagsüber dort parken, da seit 2008 das Parken auf den Parkplätzen des Klinikums gebührenpflichtig ist.

Ein Bürger fragt, ob man das Klinikum bitten könne, das Parken für die Beschäftigten wieder kostenlos anzubieten.

Herr Oberbürgermeister Pistorius erläutert, dass der Parkplatz von der Osnabrücker Parkstätten-Betriebsgesellschaft (OPG) bewirtschaftet wird. Falls das Klinikum die Parkgebühren für ihre Beschäftigten übernehmen möchte, müsste es mit den Mitarbeitern bzw. dem Be-

triebsrat eine entsprechende Vereinbarung schließen. Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die in innerstädtischen Bereichen Parkplätze nutzen, müssen ebenfalls einen Mietzins begleichen. Für Lehrkräfte und Schulsachbearbeiter, die auf den Schulhöfen in den innerstädtischen Bereichen parken, wird zurzeit eine entsprechende Regelung umgesetzt.

2 b) Beschilderung Mozartstraße (Entfernen der Tempo 30-Ausschilderung)

Herr Kothöfer regt an, die Tempo-30-Zone an diesem Straßenzug zu entfernen, da die Straße über benutzungspflichtige Radwege verfügt, die gemäß der StVO nicht zu einer Tempo-30-Zone gehören dürfen.

Frau Heinrich berichtet anhand von Fotos, dass in der Mozartstraße seit über zehn Jahren ein gemeinsamer Fuß- und Radweg auf dem Bürgersteig besteht. Aufgrund der dort aufgestellten Schilder (Radweg bzw. Rad-/Fußweg) ist für Radfahrer eine Benutzungspflicht gegeben.

Im Jahr 2000 gab es eine Novelle des Straßenverkehrsrechts. Seitdem gibt es keine benutzungspflichtigen Radwege in Tempo-30-Zonen. Diese Schilder in der Mozartstraße müssten also nur entfernt werden, um eine korrekte Ausweisung der Tempo-30-Zone gemäß der StVO zu erhalten.

Eine Bürgerin berichtet, dass viele Kfz, die von der Rheiner Landstraße in die Mozartstraße einbiegen, schon nach wenigen Metern diese Tempobegrenzung vergessen und in weitaus höherem Tempo die Straße durchfahren.

Herr Oberbürgermeister Pistorius stellt klar, dass die Ausweisung als Tempo-30-Zone bestehen bleibt. Um die ordnungsgemäße Ausschilderung innerhalb dieser Zone zu erreichen, müssen nur die Schilder für die Benutzungspflicht der Radwege entfernt werden. Für die Radfahrer ändert sich nichts. Sie können wie bisher die Radwege nutzen.

Herr Busch verweist auf das hohe Verkehrsaufkommen in der Verbindung zwischen Sedanstraße und Rheiner Landstraße. Eine Entlastungsstraße wäre daher erforderlich. Weiterhin seien mehr Kontrollen erforderlich, da z. B. das Durchfahrtsverbot für Lkw missachtet wird.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass die Frage einer Entlastungsstraße noch in der Diskussion sei.

Frau Heinrich erläutert, dass an Straßenkreuzungen/-einemündungen grundsätzlich Rechts-vor-Links gilt. Ausnahmen sind möglich, insbesondere für den ÖPNV. Dann werden Kreuzungen in der Regel mit dem Schild für „Vorfahrt nur an der nächsten Kreuzung oder Einmündung“ (rotes Dreieck, schwarzer Pfeil in Geradeaus-Richtung) beschildert. Die ursprüngliche Beschilderung wurde nach der Novelle der StVO nicht ausgetauscht, da sie eindeutig ist.

Eine Bürgerin fragt, wie der Radverkehr ohne eine Ausschilderung geführt wird.

Frau Heinrich stellt klar, dass die vorhandenen Radwege genauso wie bisher genutzt werden können. Es entfällt nur die Verpflichtung zur Benutzung. Darüber hinaus könne auch auf der Straße gefahren werden.

Ein Bürger berichtet, dass im Abschnitt Mozartstraße zwischen Rheiner Landstraße und der abknickenden Vorfahrt immer wieder zu schnell gefahren wird, weil keine Querstraße eine Reduzierung der Geschwindigkeit fordert. Er regt an, eine weitere „30“-Markierung auf dem Asphalt aufzubringen.

Herr Kühn berichtet, dass für die Verkehrsberuhigung in dem Wohnviertel die Tempo-30-Zone angemessen sei. Leider werde man oft von „Dränglern“ behelligt, wenn man mit Tempo 30 fährt.

Herr Oberbürgermeister Pistorius weist hin auf die Verantwortung eines jeden Verkehrsteilnehmers für ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme. Es könne nicht permanent und überall durch die Mitarbeiter der Verwaltung kontrolliert werden.

2 c) Zebrastreifen Haupteingang Klinikum

Herr Kothöfer regt an, den Bau eines Zebrastreifens am Haupteingang des Klinikums zu unterlassen. Die Rettungsfahrzeuge müssten jeweils das Martinshorn einschalten, um Vorrang vor den Fußgängern zu haben. Dies würde zu unnötigen Lärmbelastigungen in der Umgebung führen.

Frau Heinrich teilt die Informationen des Fachdienstes Verkehrsplanung mit: Im Rahmen des politisch beschlossenen Verkehrsberuhigungsprogramm 2009 wurde ein Zebrastreifen für die Straße Am Finkenhügel im Bereich der Bushaltestelle vorgeschlagen. Das Klinikum hat weiterhin aktuell die Sicherung einer weiteren Querung zum Parkplatz auf der östlichen Seite der Straße Am Finkenhügel vorgeschlagen. Die Verwaltung hat bereits die Fußgänger- und Verkehrserhebung durchgeführt. Die fachliche Bewertung soll in der nächsten Verkehrsbesprechung Ende Juni 2009 erfolgen.

2 d) Maßnahmen zur Verminderung des Verkehrslärms in der Bismarckstraße

Frau Scheffczyk-Pörner und Herr Dr. Finck berichten über Lärmbelastigungen für die Anwohner durch das Natursteinpflaster auf der Fahrbahn. Um Abhilfe zu schaffen, sollen zusätzliche Schilder mit der Aufforderung zur Geschwindigkeitsbeschränkung aufgestellt und eine stärkere Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit festgelegt werden sowie regelmäßige Kontrollen durch die Verwaltung stattfinden. Weiterhin wurde eine Unterschriftenliste mit etwa 45 Unterschriften von Anwohnern der Bismarckstraße und angrenzender Straßen nachgereicht, die diese Vorschläge unterstützen.

Frau Heinrich zeigt anhand von Fotomaterial den früheren Zustand und die Neugestaltung auf. An einem Straßenrad ist das so genannte halbhüftige Parken (jeweils mit halber Fahrzeugbreite auf Fahrbahn und Bürgersteig) möglich und das Parken auf der Fahrbahn vor den Grünstreifen und Baumscheiben. Auf der anderen Seite der Straße wurden Grünbeete angelegt. In den hell gepflasterten Abschnitten ist das Pflaster leicht angehoben, um die Fahrgeschwindigkeiten zu verringern. Bei höheren Aufpflasterungen wird von Anwohnern oft darüber geklagt, dass die Pkw zu schnell an die Aufpflasterungen heranfahren, stark abbremesen, kräftig Gas geben und somit unnötigen Lärm erzeugen. Eine verkehrsberuhigte Zone - die so genannte Spielstraße - zeichnet sich aus durch einen niveaugleichen Ausbau der ganzen Straßenbreite, d. h. Bürgersteig und Straße bilden einen gemeinsamen Verkehrsbeereich. Kinder dürfen dort spielen. Der Fahrzeugverkehr muss die Schrittgeschwindigkeit einhalten und notfalls anhalten und warten. Für die Einrichtung einer solchen Spielstraße wären in der Bismarckstraße bauliche Maßnahmen erforderlich.

Zu dem Hinweis auf gleiche Straßenverhältnisse im Katharinenviertel weist Frau Heinrich darauf hin, dass dort in den Seitenstraßen keine Bordsteine vorhanden sind.

Die Ausschilderung einer Tempo-30-Zone ist lt. StVO nur am Anfang und am Ende der Zone zulässig. Zusätzlich „30“-Schilder innerhalb einer Zone sind gesetzlich nicht erlaubt. Piktogramme könne auf diesen Pflastersteinen leider nicht aufgetragen werden.

Frau Heinrich schlägt vor, dass die Verwaltung prüft, ob in diesem Straßenabschnitt Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden können. Dazu müsste im ersten Schritt eine Datenerhebung durchgeführt werden. Danach könnten stationäre Messstandorte aufgestellt werden, sofern die technischen Voraussetzungen für eine Messstrecke gegeben sind.

Herr Dr. Finck berichtet, dass die helle Pflasterung keine Verringerung der gefahrenen Geschwindigkeit bewirkt, da sie kaum höher sei als das Straßenniveau.

Herr Brinkmann weist darauf hin, dass der Lärmpegel in dem Maße ansteigt, je höher die gefahrenen Geschwindigkeiten sind. Nach dem Ausbau sei die Straße in einem besseren Zustand und könne schneller durchfahren werden, zumal sie nun gut zu überblicken sei. Der frühere Zustand mit dem schlechteren Pflaster und den parkenden Pkw auf der Straße führte dazu, dass nicht so schnell gefahren werden konnte. Bei der durchgeführten Bürgeranhörung zum Ausbau der Bismarckstraße war darauf hingewiesen worden, dass Verengungen, Mittelinseln oder ein Schrägparken notwendig seien, damit dort nicht „gerast“ wird.

Herr Schwind führt aus, dass in diesem Bereich viele Pendler parken, die in der Innenstadt arbeiten (z. B. in den Stadthäusern). Abends sind die Straßen dann leer, so dass sie sehr schnell durchfahren werden. Er fragt, ob weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung möglich sind. Durch den höheren Lärm habe sich für die Anwohner der Straße nach dem Umbau eine Verschlechterung der Situation ergeben.

Herr Oberbürgermeister Pistorius sagt zu, dass die Verwaltung prüfen wird, ob weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation durchgeführt und finanziert werden könnten. Eventuelle Einschränkungen in der Verkehrsführung müssten dann aber auch von den Anwohnern akzeptiert werden.

Herr Brinkmann führt aus, dass für die Anwohner insbesondere die Lärmreduzierung wichtig ist. Zudem wird befürchtet, dass die jetzige Lärmsituation sich negativ auf den Wert der Wohnimmobilien auswirken könne.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass auch der Bau höherer Aufpflasterungen geprüft werden könne.

Eine Bürgerin spricht sich entschieden gegen diesen Vorschlag aus.

Herr Schwind sieht durch die Straßensanierung eine Aufwertung für das Wohngebiet, die aber leider durch den nun höheren Lärm der durchfahrenden Pkw wieder beeinträchtigt wird. Weiterhin wird gefragt, wer das Straßenbegleitgrün pflegen wird. Darüber hinaus wird nach der Ausweisung von Bewohnerparkzonen gefragt. Gerade in den Straßen am Hang des Westerberges parken tagsüber viele Beschäftigte der Stadthäuser.

Herr Oberbürgermeister Pistorius gibt zu bedenken, dass die Stadt Osnabrück etwa 45.000 Pendler aufnehmen müsse.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

- Die Beete mit den Grünpflanzen wurden von der Fa. Boymann bepflanzt und werden von ihr drei Jahre lang unterhalten (jeweils 4 Pflegedurchgänge pro Jahr). Im Herbst dieses Jahres werden ggf. die Pflanzen ersetzt, die nicht richtig angewachsen sind. Nach drei Jahren gehen die Flächen in die Zuständigkeit des Eigenbetriebes Grünflächen und Friedhöfe über.
- Der Stadtentwicklungsausschuss hat im Herbst 2005 entschieden, dass erst mit Erstellung des neuen Masterplans Mobilität die Ausweisung weiterer Bereiche außerhalb der Innenstadt für Bewohnerparken erfolgen soll. Die Fertigstellung des Masterplans ist für die zweite Jahreshälfte 2009 vorgesehen.

Eine Anwohnerin hält eine Asphaltdecke in dieser schönen Wohngegend nicht für angemessen. Mehrere Bürger schließen sich dieser Aussage an.

Ein Bürger hält eine Asphaltdecke für durchaus wünschenswert.

Herr Oberbürgermeister Pistorius hält abschließend fest, dass die Verwaltung prüfen wird, welche weiteren verkehrsberuhigenden Maßnahmen in diesem Straßenabschnitt möglich sind. Er weist darauf hin, dass es viele unterschiedliche Interessen gibt und daher kaum eine Lösung möglich sei, die sämtliche Wünsche berücksichtigt.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

3 a) Hochschulcampus Westerberg, Ergebnisse des Entwurfseminares

Herr Rolf berichtet anhand einer Präsentation über das Wettbewerbsverfahren zur Weiterentwicklung des Hochschulstandortes am Westerberg und die Ergebnisse des Workshops. Das Land Niedersachsen plant, die Flächen an der Barbarastraße anzukaufen. Vorgesehen sind u. a. ein Neubau von Mensa und Bibliothek. Die Bauten und Freiflächen des Hochschulgelände soll sich zukünftig an der Barbarastraße orientieren statt wie bisher an der Albrechtstraße. Im oberen Abschnitt der Barbarastraße soll ein neuer Campus entstehen. Die verkehrliche Anbindung soll über die Barbarastraße bzw. Sedanstraße erfolgen. Die Fußwegeverbindung in Richtung Musenburg soll ebenfalls neu gestaltet werden. Der nächste Schritt ist die Einleitung des B-Plan-Verfahrens. Dann können Bürgerinnen und Bürger bei der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen ihre Anregungen und Wünsche zu dem Vorhaben mitteilen.

3 b) Metzger Kaserne, Einleitung der europaweiten Ausschreibung durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA)

Herr Rolf stellt die Planungen für die Fläche südlich der Sedanstraße vor, die bislang für die britische Schule genutzt wurde. Der Perspektivplan Konversion sieht in diesem Bereich den Schwerpunkt Wohnen vor. In Osnabrück fehlen noch Angebote für hochwertiges Wohnen. Daher sind für diese Fläche etwa ein Dutzend Wohngebäude mit je 3 bis 4 Wohneinheiten vorgesehen. Die BlmA plant eine EU-weite Ausschreibung für interessierte Investoren. Sobald ein Investor vorhanden ist, würde die konkrete Abstimmung mit Verwaltung und den politischen Gremien erfolgen. In diesem Verfahren müsste weiterhin ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Dann hätten Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung Gelegenheit, ihre Anregungen und Wünsche zu dem Vorhaben mitzuteilen. Für die Umsetzung dieses Verfahrens wird eine Zeitdauer von etwa anderthalb bis zwei Jahren veranschlagt. Bis auf weiteres sollen die vorhandenen Gebäude von der Fachhochschule als Vorlesungsräume genutzt werden.

Herr Busch fragt, ob die Entlastungsstraße West in die Planungen mit einbezogen wird.

Herr Rolf berichtet, dass die verkehrliche Anbindung bei allen Planungen mit betrachtet wird. Sofern alle Kasernenstandorte auf Basis der jetzigen Planungen in Zukunft für die Erweiterung der Hochschulen bzw. zu Wohnzwecken genutzt würden, wäre das Straßensystem in seiner jetzigen Form überfordert. Wer Flächen den Investoren anbietet, müsse auch Vorschläge für eine Verkehrsanbindung bereithalten.

Eine Bürgerin befürchtet durch den Neubau einer Entlastungsstraße eine negative Auswirkung für die Anwohner der Gluckstraße. Die bislang schöne Wohngegend würde durch den zusätzlichen Verkehr beeinträchtigt.

Herr Oberbürgermeister Pistorius führt aus, dass durch die veränderten Nutzungen der Konversionsflächen in Osnabrück auch Anpassungen der Verkehrssituation im Stadtgebiet erforderlich werden. Er betont, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung hinsichtlich der Einrichtung einer Entlastungsstraße West getroffen wurde. Dies müsse im Rahmen der weiteren Planungen und der Umsetzung einzelner Projekt auf den Konversions-

flächen sorgfältig beraten und abgewogen werden. Darüber hinaus sei der Beschluss zum Masterplan Mobilität abzuwarten, der frühestens im Herbst d. J. erfolgen werde.

3 c) Britische Wohneinheiten am Westerberg, Stand der Veräußerungen durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA)

Herr Rolf berichtet über die Vermarktung der Wohnungsimmobilien durch die BlmA. Für die Literatenhöfe läuft zurzeit das Bieterverfahren. Die Gebäude sollen in einem Paket an einen Investor veräußert werden. In den Wissenschaftlerhöfen sind bereits vier Einfamilienhäuser vermarktet. Für die Häuser in den Komponistenhöfen können noch bis zum 30.06.2009 Gebote abgegeben werden.

Für Immobilien in den Stadtteilen Dodesheide und Sonnenhügel soll im Sommer bzw. Herbst der Verkaufsbeginn bzw. das Bieterverfahren erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Pistorius ergänzt, dass die BlmA erfreut sei über die bisher gute Nachfrage bei den Wohnungsimmobilien. Auch das Programm „Junge Familien“ läuft gut an.

3 d) Bebauungsplan Nr. 398 - Hauptfeuerwache - 1. Änderung (ehemaliges Niedersachsenbad)

Herr Rolf berichtet, dass verschiedene Optionen für die Weiternutzung des Geländes beraten wurden. Nun gibt es einen Interessenten für einen Verbrauchermarkt mit ca. 3.000 qm Verkaufsfläche. Herr Rolf stellt den Entwurf für das Gebäude vor und zeigt eine Skizze für eine Tag- und eine Nachtansicht aus Richtung Natruper Straße. Da das Geländeniveau gegenüber der Natruper Straße niedriger ist, soll das Gebäude aufgeständert und unter dem Gebäude die Pkw-Stellflächen angelegt werden. Die Zu- und Abfahrten für die Besucher und Anlieferer sollen mittels einer Rampe über die Natruper Straße erfolgen. Die Abfahrt stadtauswärts soll über die Nobbenburger Straße ermöglicht werden.

Am 27.05.2009 fand im Berufsschulzentrum eine Informationsversammlung statt. Die Pläne liegen noch bis zum 19.06.2009 öffentlich aus. Bürgerinnen und Bürger haben bis dahin Gelegenheit, sich zu äußern oder Planungsvorschläge einzureichen. Die Unterlagen liegen im Fachbereich Städtebau aus (Dominikanerkloster/ Hasemauer 1) oder können im Internet eingesehen werden: www.osnabrueck.de/bebauungsplaene. Mit einem herunterladbaren Beteiligungsformular kann man online seine Anregungen mitteilen.

3 e) Aktuelle Planungen zum Felix-Nussbaum-Haus Bebauungsplan Nr. 113 - Lotter Straße / Heger-Tor-Wall - 3. Änderung

Herr Rolf zeigt anhand von Luftbildern und Plänen das Vorhaben zur Erweiterung des Felix-Nussbaum-Museums auf. Der Erweiterungsbau, der ebenfalls vom Büro Libeskind entworfen wurde, wird zwischen dem Kulturhistorischen Museum und dem Akzisehaus errichtet und hat in etwa die Form eines Dreiecks. Durch diese Erweiterung soll die Infrastruktur verbessert werden. Das Kulturhistorische Museum und das Nussbaum-Museum erhalten z. B. einen gemeinsamen, barrierefreien Eingangsbereich. Für diese Maßnahme ist eine Bebauungsplanänderung erforderlich.

Die Pläne werden noch bis zum 19.06.2009 öffentlich ausgelegt. Bürgerinnen und Bürger haben bis dahin Gelegenheit, sich zu äußern oder Planungsvorschläge einzureichen. Die Unterlagen liegen im Fachbereich Städtebau aus (Dominikanerkloster/ Hasemauer 1) oder können im Internet eingesehen werden: www.osnabrueck.de/bebauungsplaene. Mit einem herunterladbaren Beteiligungsformular kann man online seine Anregungen mitteilen.

Ein Bürger fragt, ob Bäume gefällt werden müssen.

Herr Rolf berichtet, dass zwei Bäume entfernt werden müssen. Als Ersatz werden neben dem Neubau drei Bäume gepflanzt. Die große Platane bleibt erhalten.

3 f) Bebauungsplan Nr. 247 - Lotter Straße / Bergstraße - 3. Änderung (Planungsrechtliche Voraussetzungen zum Abbruch einer Treppenanlage)

Herr Rolf berichtet, dass zurzeit die Baustelleneinrichtung Lotter Straße durchgeführt wird und die Baumaßnahme offiziell am 12.06.2009 beginnt. Die Treppen am Gebäudekomplex an der Lotter Straße/Ecke Bergstraße werden nicht mehr benötigt. Damit kann der Gehweg auf dieser Straßenseite verbreitert werden. Die Eigentümergemeinschaft hat dem Abriss zugestimmt. Zurzeit wird das erforderliche Bebauungsplanänderungsverfahren durchgeführt, da dort ein Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit festgeschrieben ist. Die Pläne werden noch bis zum 19.06.2009 öffentlich ausgelegt. Bürgerinnen und Bürger haben bis dahin Gelegenheit, sich zu äußern oder Planungsvorschläge einzureichen. Die Pläne liegen im Fachbereich Städtebau aus (Dominikanerkloster/ Hasemauer 1) oder können im Internet eingesehen werden: www.osnabrueck.de/bebauungsplaene. Mit einem herunterladbaren Beteiligungsformular kann man online seine Anregungen mitteilen.

3 g) Ausbau Lotter Straße - Bauabläufe, Bauzeiten

Herr Rolf stellt anhand einer Skizze die verschiedenen Bauabschnitte der Straßensanierung vor. Zurzeit wird die Baustelle eingerichtet. Offizieller Baubeginn ist am 12.06.2009. Die Baumaßnahmen sind in fünf Abschnitte aufgeteilt und beginnen in Höhe Heger-Tor in stadtauswärtiger Richtung. Um während der Vorweihnachtszeit den Einzelhandel an der Lotter Straße nicht zu beeinträchtigen, wird der Bau ab ca. Dezember 2009 im Abschnitt Hans-Calmeyer-Platz bis ca. Gellertstraße weiterführt. Ab dem Frühjahr 2010 erfolgt der Straßenbau in den weiteren Abschnitten zwischen Uhlandstraße und Hans-Calmeyer-Platz. Diese Termine sind dem Bauunternehmen vorgegeben. Pro Tag werden bis zu 12 Stunden gearbeitet.

3 h) Bebauungsplan Nr. 97 - In der Barlage, Ost - 8. Änderung (Umbau / Erweiterung Jüdische Synagoge)

Herr Rolf stellt anhand von Luftbild und Planskizzen das geplante Bauvorhaben zum Umbau bzw. Erweiterung des Gebäudes vor.

Im Bebauungsplan aus dem Jahr 1975 ist eine öffentliche Grünfläche festgesetzt, die als Wegeverbindung von der Straße In der Barlage in Richtung Süden dient. Im Rahmen der B-Plan-Änderung ist vorgesehen, diese Wegeverbindung aufzugeben. Hintergrund ist eine Empfehlung des Landeskriminalamtes Niedersachsen zur Verbesserung der Sicherheit. Vor kurzem hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die sich gegen den Wegfall der Wegeverbindung ausspricht. Sie hat am Sonntag, 07.06., vor Ort eine Anwohnerversammlung durchgeführt, zu der auch Mitglieder des Rates eingeladen waren.

Herr Rolf erläutert das weitere Verfahren: Der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für die B-Plan-Änderung wurde in der Sitzung des Rates am 09.06.2009 gefasst. Bürgerinnen und Bürger haben demnächst etwa einen Monat lang die Möglichkeit, zu den ausgelegten Plänen Stellung zu nehmen (23.06. bis 28.07.2009). Die Pläne liegen dann im Fachbereich Städtebau aus (Dominikanerkloster/ Hasemauer 1) oder können im Internet eingesehen werden: www.osnabrueck.de/bebauungsplaene. Dort gibt es auch ein online-Formular zur Beteiligung. Nach Beendigung der öffentlichen Auslegung wird die Verwaltung zu den Anregungen der Bürger Stellung nehmen und die Unterlagen dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zur weiteren Beratung und Abwägung vorlegen. Abschließend müsste der Rat der Stadt Osnabrück den Satzungsbeschluss fassen, mit dem die B-Plan-Änderung in Kraft treten würde.

Herr Prella berichtet, dass sich viele Anwohner den Erhalt der Wegeverbindung wünschen, insbesondere als Weg zu Kinderspielplatz. Er berichtet, dass vor dem Treffen der Bürger am vorigen Sonntag die Sicherheitsempfehlungen nicht bekannt gewesen seien. Auch diese Bedenken könnten nachvollzogen werden. Dennoch sollte man versuchen, einen Kompro-

miss zu finden. Evtl. könnte ein schmalerer Weg mit einer Mauer am Grundstücksrand kombiniert werden.

Auch eine Anwohnerin der Ernst-Sievers-Straße spricht sich dafür aus, nach Alternativen zu suchen, die den Erhalt der Wegeverbindung ermöglichen. Eine zu starke Abschottung des Geländes könne zudem negative Anreize mit sich bringen. Manche Anwohner, z. B. von der Illoshöhe, hätten bei der Schließung des Fußweges Umwege in Kauf zu nehmen.

Herr Haarmann begrüßt es ausdrücklich, dass in der heutigen Sitzung der Sachstand und das weitere Verfahren dargestellt wurden. Einige Anlieger waren anscheinend der Meinung, dass für das Bauvorhaben eine verkürzte Frist vorgesehen sei.

Herr Oberbürgermeister Pistorius betont, dass nun das im Baurecht vorgeschriebene Beteiligungsverfahren zur Bebauungsplanänderung durchgeführt wird. Manchmal werden im Vorfeld von B-Plan-Änderungsverfahren einzelne und teilweise unvollständige Informationen verbreitet, die dann zu Unsicherheiten bei den Anwohnern führen. Dies war offenbar auch am vorigen Sonntag bei der Bürgerversammlung der Fall. Herr Oberbürgermeister Pistorius dankt in diesem Zusammenhang ausdrücklich allen Bürgern, die energisch den missfälligen Äußerungen widersprochen haben, die dort von einigen wenigen Personen getätigt wurden. Der Vorschlag der Polizeibehörden zur Aufgabe der Wegeverbindung werde - ebenso wie die Anregungen der Bürger - in den weiteren Abwägungsprozess im Bauleitplanverfahren mit einbezogen.

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Gestaltungssatzung für die Einfriedung von Grundstücken

Herr Röwer berichtet über die zunehmende Abschottung von Grundstücken. Direkt neben dem Bürgersteig werden hohe Mauern oder Zäune angebracht. Solche Grundstücke gibt es z. B. an der Wilhelm-, Caprivi- und Johann-Sebastian-Bach-Straße. Ein solches „Einmauern“ verschlechtert den optischen Eindruck in dem Wohngebiet. Zudem wird die Einsicht in den Straßenraum von den Ausfahrten der benachbarten Grundstücke behindert. Daher wird angeregt, eine Gestaltungssatzung für Wohngebiete zu erarbeiten.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass solche Satzungen allenfalls für bestimmte Wohnquartiere oder Straßenzüge gefasst werden können. Es teilt mit, dass geprüft werden solle, ob für die genannten Straßen eine Satzung möglich und sinnvoll wäre und wie sie gestaltet werden könnte.

4 b) Verkehrssituation Caprivistraße

Herr Dr. Grüner spricht die Verkehrssituation auf der Caprivistraße an. Die Tempo-30-Regelung wird nicht einhalten. Er fragt, ob die Verwaltung nicht doch Geschwindigkeitskontrollen vornehmen könne. Bisher waren solche Messungen von der Verwaltung verneint worden.

Frau Heinrich sagt zu, nochmals zu prüfen, ob in dieser Straße Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden können.

4 c) Parken an der unteren Caprivistraße

Herr Haarmann spricht das Parken in der unteren Caprivistraße an. Auch außerhalb der Parkzonen wird geparkt, so dass den Stadtbussen die Durchfahrt erschwert wird. Die Einbieger Friedrichstraße - Caprivistraße behindern dann den bergauf kommenden Verkehr, weil sie kurz nach dem Einbiegen auf die Gegenfahrbahn ausweichen müssen und so zum einem „Verkehrshindernis“ werden.

4 d) Rechtsabbiegung Friedrichstraße in die Caprivistraße

Herr Haarmann berichtet über die Parksituation in der Friedrichstraße. Dort wird in der Regel bis dicht an die Caprivistraße heran geparkt und der Abstand von 5 m zur Kreuzung nicht eingehalten. Rechtsabbieger in die Friedrichstraße müssen die Gegenfahrbahn nutzen, um überhaupt in die Friedrichstraße einbiegen zu können und behindern den Gegenverkehr. Das OS Team sollte dort öfter tätig werden und zwar vor allen Dingen morgens zu Vorlesungsbeginn. Nachmittags hat sich die Situation meist wieder entschärft.

4 e) Bebauung im Bereich Bismarckstraße - Roonstraße - Moltkestraße

Eine Bürgerin fragt, ob eine Bebauung im „Dreieck“ Bismarckstraße - Roonstraße - obere Moltkestraße geplant sei.

Frau Kuhlmann-Reifurth berichtet, dass für dieses Gebiet bislang kein Bebauungsplan existiert. Die Aufstellung eines B-Plans solle dazu dienen, bestimmte Rahmenbedingungen festzulegen.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

Das Bebauungsplanverfahren wird durchgeführt, um klare planungsrechtliche und gestalterische Vorgaben festzusetzen und damit eine städtebauliche Einfügung geplanter Neubauten in die vorhandenen Nachbarstrukturen zu gewährleisten. Der Rat der Stadt Osnabrück hat im Dezember 2008 einen Aufstellungsbeschluss gefasst. Die Planunterlagen lagen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung aus in der Zeit vom 06.01. bis 06.02.2009.

Herr Oberbürgermeister Pistorius dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Westerberg, Weststadt für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

Hoffmann
Protokollführerin

Anlage

Sitzung des Bürgerforums Westerberg, Weststadt am 10.06.2009

TOP 1: Bericht aus der letzten Sitzung

Anfragen und Anregungen aus der Sitzung am 25.09.2008	Bericht der Verwaltung
<p>Parksituation in der oberen Wilhelmstraße (TOP 2a)</p> <p>hier: Prüfung weiterer Maßnahmen</p>	<p>► Der TOP wurde für diese Sitzung erneut angemeldet (siehe TOP 2 a).</p> <p>In der Sitzung wird über den aktuellen Sachstand informiert</p>
<p>Parksituation obere Blumenthalstraße / Sophie-Charlotte-Straße / Edinghäuser Straße (TOP 4 e)</p>	<p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat in seiner Sitzung am 23.04.2009 beschlossen, dass der Straßenzug Blumenthalstraße / Offenbachstraße in Höhe des Grünzuges Westerberg für den Durchgangsverkehr baulich gesperrt wird. Die Anlieger des Straßenzuges Blumenthalstraße / Offenbachstraße beklagen sich schon seit langem über eine zu hohe Verkehrsbelastung, zu hohe Geschwindigkeiten und insbesondere über die Lärmbelastung durch das Natursteinpflaster.</p> <p>Bei der Umsetzung dieses Auftrages wird die Verwaltung auch prüfen, ob es hinsichtlich der Parkmöglichkeiten in diesem Bereich Änderungen geben soll (Parkverbote in der Wende o. ä.).</p>